



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der Bundesingenieurkammer**

1. Perspektive Europa

Das Ingenieurwesen hat in Deutschland eine lange Tradition und eine gute Reputation. Die exzellente Ingenieurausbildung genießt Weltruf. Ingenieurinnen und Ingenieure haben mit ihrer Arbeitsleistung zu einem wesentlichen Teil zum wirtschaftlichen Wachstum und zum technischen Fortschritt beigetragen und stehen an vorderster Front im globalen Innovationswettbewerb. Im Erhalt und in der Steigerung der Leistungsfähigkeit Deutschlands ist die Zukunftssicherung des Ingenieurwesens eine zentrale politische Herausforderung.

1. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Interessen der mittelständischen Ingenieure und Architekten bei der Europäischen Union nachhaltig zu vertreten.

Antwort

CDU und CSU werden auch in Zukunft die Interessen der deutschen Wirtschaft und damit auch der deutschen Ingenieure und Architekten bei der europäischen Union in die verschiedensten Diskussionen einbringen und auf ihre spezifischen Interessen achten.

2. Wir fordern den Gesetzgeber auf, ein bundeseinheitliches Berufsausübungsrecht für freiberufliche Ingenieure zu schaffen. Die landesbaurechtlichen Hindernisse, die durch die unterschiedlichen Regelungen der Landesbauordnungen für die Berufsausübung von Ingenieuren bestehen, sind zu beseitigen.

Antwort

Anders als das Bauplanungsrecht, für das der Bund eine konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit mit den Ländern besitzt, dient das Bauordnungsrecht in erster Linie der Abwehr von Gefahren im Bauwesen und steht daher nach der Systematik der Kompetenzzuweisungen im Grundgesetzes in der alleinigen Gesetzgebungshoheit der Länder.

3. Es muss sichergestellt werden, dass die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ nur von Personen geführt werden darf, deren Studienschwerpunkte überwiegend im ingenieurwissenschaftlichen Bereich liegen.

Antwort

CDU und CSU stehen auch in Zukunft zur Berufsbezeichnung der Ingenieure. Es ist ein Aushängeschild für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Es ist gemeinsame Auffassung von CDU und CSU, dass die Titelführung „Ingenieur/Ingenieurin“ mindestens drei theoretische Studienjahre erfordert. Zudem müssen entsprechend dem KMK-Beschluss vom 10. Oktober 2003 für einen akkreditierten Bachelor-Abschluss, der zur Bezeichnung „Ingenieur/Ingenieurin“ berechtigt, 180 ECTS-Punkte nachgewiesen werden.

4. Bildungspolitik kann nicht das Ziel haben, dass eine größere Anzahl an Abiturienten und Hochschulabsolventen durch eine kürzere, kostengünstigere Ausbildung mit Niveauabsenkung erreicht wird. Kürzer - billiger - schlechter kann nicht der Weg der Bildung sein! Wir fordern massive Anstrengungen für eine bessere Bildung, um das anerkannt hohe Niveau der deutschen Ingenieure zu erhalten. Bildungspolitik ist Zukunftspolitik!

Antwort

Die unionsgeführte Bundesregierung hat so viel in Bildung investiert wie keine ihrer Vorgängerinnen. Seit 2005 haben wir die Ausgaben allein für Bildung um fast 70 Prozent erhöht: von 4,3 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 7,3 Milliarden Euro im Jahr 2012. Der Bund finanziert bis 2020 allein den Qualitätspakt Lehre und ermöglicht zusammen mit den Ländern bis 2015 625.000 zusätzliche Studienplätze. Am Grundsatz „Vorfahrt für Bildung“ werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode festhalten.

5. Wir fordern, dass die Bundesregierung und alle bundeseigenen Unternehmen und Institutionen am Grundsatz der Trennung von Planung und Bauausführung festhalten und dies auch bei der Reform des Vergaberechts berücksichtigt werden.

- EU-Schwellenwerte sollten in der EU-Vergaberichtlinie auf über 500.000 Euro (besser 1 Mio. Euro) angehoben werden.
- Die Gültigkeit von Referenzen ist auf über fünf Jahre (besser 10 Jahre) zu verlängern.

Antwort

CDU und CSU stehen dazu, dass öffentliche Aufträge grundsätzlich im Wettbewerb vergeben werden und dabei möglichst viele mögliche Auftragnehmer die Chance haben sich zu beteiligen. Wir setzen dabei auf den EU-Binnenmarkt und fairen Wettbewerb, der europaweit gewährleistet sein muss. Denn auch deutsche Unternehmen profitieren von Aufträgen aus den EU-Mitgliedstaaten. Gleichzeitig sind mittelständische Unternehmen darauf angewiesen, dass die Vergabewerte nicht zu hoch sind, da sie sonst oft nur als Subunternehmer die Chance haben von der Vergabe zu profitieren. Eine Erhöhung der Schwellenwerte würde auch den Mittelstand, der sich erfolgreich dem Wettbewerb stellt, in seinen Möglichkeiten auf dem EU-Binnenmarkt beschränken. Wir haben deshalb eine Änderung der entsprechenden Schwellenwerte nicht vorgesehen.

6. Wir fordern eine Infrastrukturoffensive auf allen staatlichen Ebenen, da diese für den Wirtschaftsstandort Deutschland essenziell ist. Wir fordern die Politik auf, verbindliche Aussagen zur Zukunft der Verkehrswege (Straßen-, Schienen-, Flug- und Schiffsverkehr) sowie zu Investitionen und zur Instandhaltung der einzelnen Bereiche zu treffen.

Antwort

CDU und CSU wollen den wachsenden Anforderungen an die Infrastruktur durch verstärkte Investitionen Rechnung tragen. Dazu werden wir beispielsweise die Finanzausstattung für unsere Verkehrswege deutlich erhöhen.

So werden wir mit einem 25 Milliarden Euro Investitionsprogramm für den Erhalt und Ausbau der Bundesfernstraßen in der kommenden Wahlperiode einen besonderen Schwerpunkt setzen.

Auch werden wir verstärkt die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Geldgebern in sogenannten Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) nutzen, wenn dadurch Kosten gespart und Projekte schneller umgesetzt werden können.

7. Wir fordern, dass die Bundesregierung Rahmenbedingungen zur Energiegewinnung, zum Energietransport bis hin zur Energieeinsparung in Industrie und Haushalten schafft, die es Ingenieuren ermöglichen, optimierte nachhaltige Lösungen zu bieten. Die Ingenieurkammern bieten hierzu mit ihren Experten für Energiefragen ihre Mithilfe an.

Antwort

Die Energiewende ist eine der großen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Herausforderungen und von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Verbraucher und Wirtschaft benötigen eine langfristig sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung. Mit einer Versorgung, die auf erneuerbare Energien und einen geringeren Energieverbrauch setzt, schützen wir zugleich unsere Umwelt und fördern den Klimaschutz. Auf diesem Weg haben wir bereits viel erreicht und wollen die Energiewende entschlossen, zügig, und mit Augenmaß voranbringen. Wichtige Handlungsfelder sind dabei die Stromerzeugung, Stromübertragung, Energiespeicherung, Erhöhung der Energieeffizienz in Wirtschaft, Privathaushalten und im öffentlichen Bereich. Überall gibt es verschiedenste Auftragsvergaben aber auch Förderprogramme. Diese richten sich grundsätzlich an Alle, die in der Lage sind, zum Gelingen eines konkreten Anliegens und damit der Energiewende insgesamt beizutragen. Damit sind auch Ingenieure in ihren verschiedenen Tätigkeitsbereichen eingeladen ihren Beitrag zu leisten.

8. Wir fordern, dass sich der öffentliche Bauherr zwar im Wesentlichen mit seinen Bauverwaltungen auf seine Bauherrenfunktion konzentriert, aber über einen angemessenen Personalbestand mit technischem Sachverstand verfügt.

Antwort

Siehe Frage 9.

9. Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass Planungsleistungen nicht von öffentlichen Bauherren, sondern von freiberuflich arbeitenden Ingenieuren und Architekten zu erbringen sind. Dies fördert in der Regel die Qualität der Planungsleistungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Wirtschaftlichkeit.

Antwort Frage 8 und 9

CDU und CSU werden sich auch in Zukunft dafür einsetzen, eine Reihe von Leistungen in hoheitlich vertretbarem Ausmaß extern zu vergeben. Wenn es die Art der Aufgabe erlaubt, sollen auch Ingenieure oder Architekten die Möglichkeit haben, sich an diesen Vergaben zu beteiligen.

10. Wir fordern die Gleichberechtigung der Ingenieure im Wettbewerbswesen. Der interdisziplinäre Wettbewerb soll der Regelfall für die Ausschreibung von öffentlichen Planungsleistungen werden.

Antwort

Wie die Ausschreibung konkret erfolgt ist von Art und Umfang des Projekts abhängig. Je nach Beschaffenheit dieser Kriterien sollte auch weiterhin projektbezogen entschieden werden, wer sinnvollerweise am Wettbewerb zu beteiligen ist.

11. Ingenieure und Architekten fordern die Rückführung der originären Planungsleistungen der Teile VI, X-XIII HOAI 1996 (Umweltverträglichkeitsstudie, Thermische Bauphysik, Schallschutz und Raumakustik, Bodenmechanik, Erd- und Grundbau, Vermessungstechnische Leistungen) in die HOAI 2013.

Antwort

Siehe Frage 14.

12. Ingenieure und Architekten fordern für die Zukunft eine auskömmliche, wirtschaftliche Grundlage für die Auftragserfüllung. Nur so können sie ihre Unabhängigkeit gegenüber allen am Bau Beteiligten sicherstellen.

Antwort

Siehe Frage 14.

13. Die Bundesregierung wird auch aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die HOAI als öffentliches Preisrecht nach EU-Dienstleistungsrichtlinie eingehalten wird. Bei Zuwiderhandlungen sind rechtliche Konsequenzen anzudrohen.

Antwort

Siehe Frage 14.

14. Wir fordern, dass die Bundesregierung alle fünf Jahre eine wirtschaftliche Anpassung der Honorare überprüft und beschließt. Die Zuständigkeit für die HOAI innerhalb der Bundesregierung sollte überprüft werden.

Antwort Frage 11-14

Mit der vor wenigen Wochen modernisierten Honorarregelung wurde ein weiterer Auftrag des Koalitionsvertrages erfolgreich umgesetzt. Dabei wurde der Interessenausgleich zwischen Planern und Bauherrn deutlich verbessert. Die HOAI 2013 wird für alle Beteiligten leichter anwendbar sein. Vertreter beider Marktseiten, also der Auftragnehmer und Auftraggeber, haben in einem offenen und konstruktiven Diskussionsprozess zum Erfolg dieser Novellierung beigetragen. Die HOAI 2013 beinhaltet aktuelle Honorare für umfassend modernisierte Leistungsbilder, die an die neuen Anforderungen im Bau- und Umweltrecht angepasst wurden. Für Beratungsleistungen führt die HOAI 2013 die bestehende Teilliberalisierung fort und stellt aktualisierte Leistungsbilder und Honorarempfehlungen bereit. Auf dieser Grundlage können Leistungsumfang und Höhe der Vergütung je nach konkretem Sachverhalt individuell vereinbart werden.

Weiteren Änderungsbedarf in diesem Bereich sehen CDU und CSU derzeit nicht.

15. Wir fordern die Fortführung und Weiterentwicklung einer Städtebaupolitik, die eine integrale Betrachtung und Lösung der anstehenden Herausforderungen unterstützt. Die Vergabe von Städtebauförderungsmitteln sollte an Planungsansätze der Kommunen gebunden sein.

Antwort

Das bewährte Instrument der Städtebauförderung wollen wir fortführen und weiterentwickeln. Unser Ziel bleiben lebenswerte Innenstädte und attraktive Stadtquartiere auch im Zuge rückläufiger Bevölkerungszahlen und sich verändernder Strukturen. Wo es notwendig ist, werden wir dazu auch neue Förderschwerpunkte festlegen.

Städte haben mit ihrer Bevölkerungsdichte und als Wirtschaftsstandort eine besondere Rolle beim Umweltschutz. Daran wollen wir die klima- und umweltschonende

Stadtplanung ausrichten. Wir wollen den kommunalen Umwelt- und Klimaschutz stärken. Unser Ziel ist die CO₂ neutrale, energie- und klimaangepasste Stadt. Im Rahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung werden wir hier neue Forschungsprojekte auf den Weg bringen.

16. Mit einer differenzierten Förderpolitik (u. a. steuerliche Anreize, ausreichende Ausstattung der Städtebauförderung, verbesserte Kompensationszahlungen zur sozialen Wohnraumförderungen vom Bund an die Länder) ist der Bau zukunftsweisender und bezahlbarer Mietwohnungen zu fördern.

Antwort

CDU und CSU wollen eine lebenswerte Heimat für die Menschen in der Stadt und in ländlichen Regionen sichern. Gerade in den Städten gehört dazu, dass es ausreichend bezahlbare Wohnungen gibt. Das beste Mittel dafür ist der Bau neuer Wohnungen. Wir wollen dafür mit gezielten Anreizen wie besseren steuerlichen Möglichkeiten und Zuschüssen die Rahmenbedingungen verbessern. Konkret wollen wir beispielsweise eine degressive Abschreibung im Wohnungsbereich einführen.

17. Wir fordern, die Normenflut einzudämmen. Normen sind auf das Notwendige sowie auf ihre bewährten Kernbereiche zu beschränken, die zur Sicherheit von Gefahren für Leben und Gesundheit erforderlich sind. Die Normung ist im Konsens der betroffenen Wirtschaftskreise so auszugestalten, dass ein widerspruchsfreies, konsistentes Normenwerk gewährleistet ist. Normen müssen praxisgerecht sein, als anerkannte Regel der Technik dienen und in Planung und Ausführung Rechtssicherheit bieten. Jegliche Versuche der Normungsinstitutionen, Inhalte, Verfahren und/oder Prozesse der Stadtentwicklungspolitik zu normieren, werden abgelehnt.

Antwort

CDU und CSU teilen ihre Auffassung, dass die Normenflut einzudämmen ist. Überzogene Bürokratie ist eine Wachstumsbremse. Wir wollen, dass die Unternehmen ihr Geld für neue Ideen und Arbeitsplätze ausgeben und nicht für Bürokratie. Wir wollen deshalb überflüssige Bürokratie weiter abbauen.

Wir wollen den Normenkontrollrat als bewährten „Bürokratie-TÜV“ stärken. Wir werden neue konkrete Abbauziele festlegen. Künftig sollen auch die Bürokratiekosten der Kommunen und der öffentlichen Verwaltung einbezogen werden. Ebenso wollen wir die Belastung durch die Umsetzung von Gesetzen verringern. So werden wir die Aufbewahrungsfristen für Steuerunterlagen verkürzen, statistische Meldepflichten abbauen und im Vergaberecht für schnellere Verfahren sorgen.

Auch auf europäischer Ebene wollen wir eine Bürokratie-Überprüfung verankern. Die Europäische Union soll sich gerade bei Fragen der Bürokratie selbst begrenzen und unnötige Regelungen und Vorschriften vermeiden. Die Industrie, kleine und mittlere Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe, die Freien Berufe und das Handwerk müssen von unnötigen Regulierungen entlastet werden. Hierzu brauchen wir ein Frühwarnsystem auf europäischer Ebene, insbesondere für Maßnahmen, die den Mittelstand betreffen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in allen künftigen EU-Gesetzgebungen geprüft wird, ob kleine und mittlere Unternehmen von bestimmten Regelungen ausgenommen werden.

18. Die Rechtsunsicherheiten infolge der staatlich vorgeschrieben Anwendung des EUROCODE verbunden mit der Duldungspflicht der Erprobung von nicht in der Praxis bewährten technischen Regelwerke müssen beseitigt werden.

Antwort

CDU und CSU sprechen sich dafür aus, dass auf dem EU-Binnenmarkt notwendige Vereinheitlichungen etwa bezüglich technischer Regelwerke behutsam vorgenommen werden, so dass die Betroffenen hinreichend Möglichkeit erhalten, sich auf diese einzustellen.